



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

An die Petentinnen und Petenten
der Petition zur Wahrung der Lebensqualität
im Bermudadreieck

Basel, 8. Februar 2022

Regierungsratsbeschluss vom 8. Februar 2022
Petition zur Wahrung der Lebensqualität im Bermuda-Dreieck

Sehr geehrte Frau Strähl
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 9. September 2021 ist Ihre Petition zur Wahrung der Lebensqualität im Bermuda-Dreieck mit 553 Unterschriften bei der Staatskanzlei eingereicht worden. Die Petition richtet sich an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und fordert ihn auf, Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit, Ruhe, Ordnung und Sauberkeit im betreffenden Quartier zu ergreifen.

Der Regierungsrat hat Verständnis für Ihren Ärger über gewisse Entwicklungen im betreffenden Gebiet, selbstverständlich sind auch den Behörden die Probleme bekannt. Das Gebiet hat in den vergangenen Jahren einen markanten Wandel durchlebt. Die Durchmischung von verschiedensten Bevölkerungsgruppen hat das Quartier um die Ochsen- und Webergasse/Teichgässlein unseres Erachtens grundsätzlich positiv beeinflusst. Einige «Beizen» sind noch heute gut besuchte Cliquentreffpunkte und prägen den Charakter des Gevierts massgeblich. Andere Betriebe haben sich indes zu Treffpunkten für problematische Gruppierungen teilweise gar mit Potenzial zu gewalttätigem Verhalten entwickelt. Auch der Drogenhandel muss schon seit Jahren intensiv bekämpft werden. Und zu guter Letzt beeinflusst auch die ansässige Prostitution (Salon- und Strassenprostitution) und damit einhergehender mutmasslicher Menschenhandel zu einem nicht unbedeutenden Teil die für die Anwohnenden nicht immer tolerierbaren Zustände.

Auch die Kantonspolizei analysiert – in der interdisziplinären Zusammenarbeit mit weiteren Amtsstellen – die Situation in diesem Gebiet sorgfältig und initiiert die notwendigen Massnahmen. So sind etwa der Fahndungsdienst, der Einsatzzug und das Einsatzelement Brennpunkte sowie die Sicherheitspolizei und das Community Policing im Gebiet im unteren Kleinbasel im normalen Patrouillendienst oder im Rahmen von geplanten Aktionen sehr präsent – sei es uniformiert oder zivil. Gerade jüngst hat die Kantonspolizei viele Ressourcen in die Informationsbeschaffung investiert, um noch mehr über die Drogenszene zu erfahren (Verhaltensmuster, Verschiebungsweg, involvierte Fahrzeuge etc.). Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse werden wiederum Schwerpunkteinsätze geplant. Vieles passiert demnach im Hintergrund und ist für die Bürgerin und den Bürger nicht direkt wahrnehmbar, ebenso benötigen umgesetzte Massnahmen eine gewisse Zeit, bis diese – kurz oder langfristig – von den direktbetroffenen Anwohnerinnen und Anwohner positiv wahrgenommen werden.

Wie überall im intensiv beanspruchten urbanen Raum steht auch im betroffenen Gebiet das Ruhebedürfnis von Anwohnerinnen und Anwohnern im Konflikt mit dem Verhalten der Freizeitnutzenden. Das Empfinden von Lärm ist im Einzelfall stark subjektiv geprägt und wohl auch von der Beziehung zum lärm auslösenden Ereignis abhängig. Bei Lärmrequisitionen schreitet die Kantonspolizei nach Möglichkeit zwar ein, kann aber in den Abend- und Nachtstunden schlicht nicht durchwegs überall im «Milieu» die Einhaltung der Ruhezeiten durchsetzen. In früheren Zeiten gab es zu diesem Zweck die Polizeistunde – diese entspricht aber nicht mehr den heutigen gesellschaftlichen Bedürfnissen. In jedem Fall sind übermässige Lärmimmissionen der Kantonspolizei zu melden, damit diese allfällige Weiterungen treffen kann, wie die Weiterleitung der Rapporte an das Bau- und Gastgewerbeinspektorat oder die Abteilung Lärmschutz des Amts für Umwelt und Energie.

Die Themen Gewaltdelikte und Einbruchdiebstähle, die von den Petentinnen und Petenten als störende Begleiterscheinungen der Drogenszene geschildert werden, wurden vom Regierungsrat als Schwerpunkte in der Kriminalitätsbekämpfung definiert. In den letzten Jahren konnten denn auch räumliche und zeitliche Schwerpunkte der Deliktphänomene erkannt und die Kräfte der Kantonspolizei entsprechend aufgestellt werden. Auch wurde die polizeiliche Präsenz an Brennpunkten nochmals erhöht. Die deutlich sicht- und spürbar erhöhte Polizeipräsenz in den Abend- und Nachtstunden – vor allem auch zu Fuss – wird gemäss Rückmeldungen aus der Bevölkerung wahrgenommen, die Polizistinnen und Polizisten oft direkt angesprochen. Die Einsatzkräfte fungieren bei Problemen oder Bedrohungen als Anlaufstelle. So bieten gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Einsatzelements Brennpunkte Hilfestellungen und schaffen Vertrauen, schreiben bei Bedarf aber auch konsequent ein.

Auch der Regierungsrat erachtet das Littering und das öffentliche Urinieren im Quartier als sehr ärgerlich. Die Polizei und die Abfallkontrolleure des Amts für Wirtschaft sind zwar präsent und ermahnen/büssen bei der Feststellung von Übertretungen. Allerdings ist es so, dass sich ganz allgemein die meisten Personen beim Anblick uniformierter Polizeipatrouillen oder der Abfallkontrolleure an die rechtlichen Spielregeln halten. Neben Repression kann bei diesen Problematiken wohl vor allem eine stärkere soziale Kontrolle helfen.

Da Repression und Strafverfolgung auch bei den anderen Themen nicht ausreichen, um den geschilderten Problemen Herr zu werden, verfügt der Kanton mit den beiden seit über zehn Jahren etablierten Runden Tischen «Prostitution» und «Menschenhandel» über bewährte Gremien, die sich mit unterschiedlichen Auswirkungen und Begleiterscheinungen der Sexarbeit beschäftigen und an den schrittweisen Verbesserungen gerade auch im unteren Kleinbasel mitwirken. Beide Runden Tische sind interdisziplinär und departementsübergreifend konstituiert und verbinden darüber hinaus die Verwaltung mit anderen Non-Profit-Organisationen. Dazu gehören etwa Aliena, das Stadtteilsekretariat Kleinbasel und FIZ.

Weiter nehmen Fachpersonen aus der Verwaltung immer wieder an öffentlichen Veranstaltungen zum Thema teil. Zuletzt im Rahmen des siebzehnten Kleinstadtgesprächs am 17. November 2021, das vom Stadtteilsekretariat Kleinbasel organisiert wurde. Im Rahmen der Veranstaltung wurden die Nutzungskonflikte und Herausforderungen im Milieu zusammen mit der Quartierbevölkerung diskutiert. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse fliessen ebenfalls in die weitere Arbeit der Behörden ein.

Zentral für eine generelle Verbesserung der Situation «z'Basel uff dr Gass» ist schliesslich aber wie vorerwähnt der behördliche Austausch mit der Bevölkerung. Die Kantonspolizei und alle anderen involvierten Behörden und Dienststellen sind darauf angewiesen, sachdienliche Hinweise zu erhalten, um Beobachtungen und Verdachtsmomente überprüfen zu können. Die Anwohnenden wollen aber oft nicht das Risiko eingehen, selbst zur Zielscheibe von Schikane oder Gewalt zu werden, wenn sie Meldungen bei der Polizei absetzen. Wie diesem Dilemma begegnet werden kann, prüft derzeit eine Arbeitsgruppe mit Vertretenden von Kantonspolizei und NGOs. Gerne weist der Regierungsrat – wie bereits Regierungsrätin Dr. Stephanie Eymann mit ihrem Schrei-

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

ben an die namentlich angeschriebene Petentin vom 1. Juli 2021 – nochmals auf die Möglichkeit eines persönlichen Austausches mit dem Leiter der Sicherheitspolizei des Bezirks Kleinbasel, Oblt Stefan Gasser (Tel.: +41 61 777 79 13, E-Mail: Stefan.gasser@jsd.bs.ch), hin.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin